

# Von Chancengleichheit keine Spur

Ausländische Jugendliche weiterhin stark benachteiligt. Integrationsbeauftragte: „Eine Schicksalsfrage für unser Land“

Dirk Hautkapp

Berlin. Es war ja nicht das erste Mal, dass Maria Böhmer die Fehler und Versäumnisse der bundesdeutschen Integrationspolitik schonungslos und zugleich freundlich lächelnd aufzeigte. Gestern bei der Vorlage des nunmehr achten Berichts der Bundesregierung über die Lage der Ausländer in Deutschland, wirkte die CDU-Staatsministerin im Kanzler-

amt besonders deutlich. Oder verzweifelt. Je nach Lesart. Von einer „Schicksalsfrage für unser Land“ sprach die Professorin. Und davon, dass sich bis zum Jahr 2020 entscheiden werde, „ob wir langfristig den sozialen Zusammenhalt sichern können“. Böhmers Prognose basiert auf einem 600 Seiten starken Daten- und Zahlen-Werk, das aus Sicht von Migrationsforschern wie Klaus J. Bade am Ende nur

einen Schluss zulässt: Im Umgang mit ausländischen Kindern und Jugendlichen gibt es in diesem Land immer noch wenig Licht, aber dafür viel Schatten.

Zur Untermauerung ein paar Zahlen: 13,3 Prozent der 15- bis 19-jährigen Migranten haben keinen Schulabschluss-

**»Viel zu oft entscheiden Herkunft und soziale Lage über den Bildungsweg«**

bei den Jugendlichen mit deutschen Wurzeln sind es sieben Prozent. Die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationsgeschichte benötigt 17 Monate, bis sie einen Ausbildungsplatz findet – bei den Deutschen sind es drei Monate. Die Arbeitslosenquote bei Migranten liegt mit 12,4 Prozent (2008) doppelt so hoch wie die von Einheimischen. Dies vor folgendem Hintergrund: In Städten wie Berlin, Hamburg, München, Stuttgart oder Köln tickt eine Zeitbombe. Dort hat mehr als jeder zweite Jugendliche unter 15 Jahren ausländische Wurzeln. In Frankfurt am Main kommen sogar über 70 Prozent der Kinder unter drei Jahren aus Familien mit Mig-

rationshintergrund. Was, wenn sich hier Fremdenangst, miserable Aufstiegschancen und mangelnder Integrationswille einmal verbinden?

Für Böhmer steht fest, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Bemühungen auf den „Großbaustellen“ – Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt verstärken müssen. Und zwar schon am Anfang. Heißt: Sprachförderung im Kindergarten. Problem: Im Bundesdurchschnitt liegt laut Regierungsbericht die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund um fast zehn Prozent niedriger als bei Kindern ohne Migrationsgeschichte. In der Pflicht sieht Böhmer vor allem die Länder. Sie müssten Schulen mit einem hohen Anteil von Migranten besser mit Lehrern und Sozialarbeitern ausstatten. Ob das reicht?



Die Migrations-Beauftragte Maria Böhmer (CDU). Foto: ddp

Aus dem seit 1994 alle zwei Jahre vorgelegten Bericht geht hervor, dass Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln im deutschen Bildungssystem generell häufiger Probleme haben. „Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind im Schnitt seltener auf Gymnasien und überproportional häufig auf Hauptschulen“, heißt es. Viel zu oft entscheide die Herkunft und die soziale Lage noch über den Bildungsweg. Ein Hauptgrund: mangelnde Sprachkenntnisse.

In diesem Zusammenhang meldet sich die niedersächsische Integrationsministerin Aygül Özkan (CDU) zu Wort. Eltern mit Migrationshintergrund, sagt die erste türkischstämmige Ministerin in Deutschland, müsse gezeigt werden, wie attraktiv Kindertagesstätten für ihre Kinder sind. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration drängte gestern auf eine nationale „Bildungs- und Qualifizierungsoffensive“.

Nur so könne mittelfristig sozialen Spannungen vorgebeugt werden. Noch drastischer formuliert die Vize-DGB-Vorsitzende Ingrid Sehbrock: „Wir können uns keine verlorene Generation leisten.“

## KOMMENTAR

### Dürftige Ergebnisse

Trotz aller Kanzler-Empfänge und Integrations-Gipfel, trotz vielfältigster Aktivitäten und Investitionen, trotz eines nie versiegenden Stroms warmer Worte für eine gelingende Integration – die Ernte in Sachen Integration von Zuwanderern ist dürftig.

Einer kleinen Bildungselite mit ausländischen Wurzeln steht eine breite Masse junger Menschen gegenüber, die voraussichtlich keine Chancengleichheit erfahren wird. Wer in einer Familie mit niedrigem Bildungsstand und unterdurch-

schnittlichen Sprachkenntnissen aufwächst, hat miserable Startvoraussetzungen, sich nach oben zu kämpfen. Wer weiter zulässt, dass Migranten schlecht oder gar nicht ausgebildet werden und darum keine Jobs bekommen, begünstigt, dass sie diesen Staat Geld kosten, statt ihn zu stützen.

Die Lasten schlecht gemachter Integrationspolitik summieren sich auf bis zu 20 Milliarden Euro im Jahr. Jeder Cent, der in eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive gesteckt wird, ist darum gut angelegt. dilha